

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann,  
Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/1123 –**

### **Zum Waldprotestcamp in Grünheide und zu einer möglichen bundesweiten Unterstützung durch Linksextremisten**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Aktivisten besetzten Anfang März 2024 in einer nächtlichen Aktion einen Wald nahe der Tesla-Fabrik in Grünheide und errichteten dort ein Protestcamp. In diesem Camp neben der E-Autofabrik kamen nach Angaben der Initiative „Tesla stoppen“ um die 80 bis 100 sogenannte Umweltaktivisten zusammen. Sie errichteten Baumhäuser in mehreren Metern Höhe, spannten Seile zwischen den Kiefernäumen und schlugen Zelte auf. Die Protestinitiative will damit die Rodung des Waldes für eine Tesla-Erweiterung verhindern. Etliche dieser Aktivisten, die ihre Gesichter teils nicht zeigten, waren auch bei Protestaktionen im Hambacher Forst oder im Braunkohle-Dorf Lützerath dabei, wie die Presse berichtet ([www.merkur.de/wirtschaft/protest-gegen-tesla-waldbesetzung-soll-lange-dauern-zr-92863601.html](http://www.merkur.de/wirtschaft/protest-gegen-tesla-waldbesetzung-soll-lange-dauern-zr-92863601.html); [taz.de/Wald-Besetzung-gegen-Tesla/!5998886/](http://taz.de/Wald-Besetzung-gegen-Tesla/!5998886/)).

Die Sicherheit der Baumhausbewohner war ein Argument, mit dem die Brandenburger Polizei den Abbau der Baumhäuser zunächst durchsetzen wollte. Das Verwaltungsgericht Potsdam gab den Umweltschützern vorerst recht, die gegen die Anordnung zur Räumung geklagt hatten. Eine Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht steht noch aus. Doch für die Aktivisten steht laut einem Medienbericht jetzt bereits fest: Sie räumen den Kiefernforst erst, wenn Tesla von seinen Erweiterungsplänen ganz ablässt ([www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/tesla-protest-brandenburg-gigafactory-camp-baumhaus-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/tesla-protest-brandenburg-gigafactory-camp-baumhaus-100.html)).

Für die Fragesteller ist es angesichts dieser fortschreitenden Entwicklung von besonderem Interesse, ob und in welchem Umfang sich die Aktivisten aus bundesweit agierenden linksextremistischen Szenen zusammensetzen, welche möglichen bundesweiten Vernetzungen existieren und ob inhaltliche Überschneidungen zu einer früheren Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Linksextremismus im Hambacher Forst“ auf Bundestagsdrucksache 19/5801 bestehen.

1. Hat die Bundesregierung Kenntnisse im Hinblick auf die Besetzer dieses Waldes (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) über sich vorübergehend im dortigen Gebiet aufhaltende Personen oder dort einmalig anwesende Personen und deren Bezüge zu extremistischen Szenen im Bundesgebiet, und wenn ja,
  - a) wie viele Waldbesetzer sind der linksextremistischen Szene oder einem anderen extremistischen Umfeld zuzuordnen (bitte nach Personenzahl und Gruppierung aufschlüsseln),
  - b) wie viele Waldbesetzer waren bereits an früheren Wald- oder Hausbesetzungen im Bundesgebiet beteiligt, und an welchen,
  - d) gibt es Hinweise darauf, dass Angriffe auf das Tesla-Werk und seine relevante Infrastruktur von Personen aus dieser Waldbesetzerszene erfolgen oder in der Vergangenheit erfolgt sind, und wenn ja, im Hinblick auf welche Ereignisse,

Die Fragen 1 bis 1b und 1d werden gemeinsam beantwortet.

Von der Reichweite, der politischen Bedeutung und dem breiten Personenkreis der demokratischen Klimaprotestbewegung wollen auch Linksextremisten profitieren. Mit ihrem vorgeblichen Engagement für den Klimaschutz versuchen Linksextremisten deshalb, demokratische Diskurse zu verschieben, um ihre eigenen ideologischen Positionen zu ergänzen, gesellschaftlichen Protest zu radikalisieren sowie den Staat und seine Institutionen zu delegitimieren. Gewaltorientierte Linksextremisten wollen die Proteste dabei mithilfe von militant ausgerichteten Aktionsbündnissen und Kampagnen beeinflussen und dabei auch radikalere Protestformen etablieren.

Anhaltspunkte für solche linksextremistischen Einflussnahmeversuche auf demokratischen Protest liegen auch in Bezug auf die Waldbesetzung in Grünheide vor. So traten am 19. März 2024 im Rahmen einer Pressekonferenz der Initiative „Tesla stoppen“ (Eigenbezeichnung der „Waldbesetzung“) neben weiteren Sprechern auch zwei Personen auf, die sich als Angehörige der linksextremistischen Gruppierungen „Interventionistische Linke“ (IL) bzw. „... ums Ganze!“ zu erkennen gaben. Weiterhin ist der Bundesregierung bekannt, dass an der Initiative „Tesla stoppen“ vereinzelt auch Personen beteiligt sind, die in Zusammenhang mit dem früheren Protestgeschehen im Dannenröder Forst strafrechtlich in Erscheinung getreten sind.

Eine darüber hinausgehende Antwort muss nach einer sorgfältigen Abwägung mit dem verfassungsrechtlichen Informationsrecht des Deutschen Bundestages aus Gründen des Staatswohls unterbleiben. Eine weitergehende Beauskunftung ließe Rückschlüsse auf den Aufklärungsbedarf, den Erkenntnisstand sowie die Arbeitsweise in der Abteilung Linksextremismus/-terrorismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zu. Dies könnte Angehörige des gegenständlichen Phänomenbereichs in die Lage versetzen, Abwehrstrategien zu entwickeln und somit die Erkenntnisgewinnung des BfV zu erschweren oder in Einzelfällen sogar unmöglich zu machen. Dies würde die Funktionsfähigkeit des BfV nachhaltig beeinträchtigen und damit einen erheblichen Nachteil für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland bedeuten.

Aus der sorgfältigen Abwägung der verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechte des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten mit den negativen Folgen für die künftige Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung der deutschen Sicherheitsbehörden sowie den daraus resultierenden Beeinträchtigungen der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich, dass auch eine Auskunft nach Maßgabe der Geheimschutzordnung und damit einhergehende Einsichtnahme über die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages ausscheidet. Eine Beauskunftung des Erkenntnisstandes des BfV, auch gegenüber einem begrenzten Kreis von Empfängern, wird dem Schutzbedarf der Arbeitsweise

des BfV nicht gerecht. Dies gilt umso mehr, als bei einem Bekanntwerden die ggf. betroffenen nachrichtendienstlichen Methoden und Werkzeuge nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr eingesetzt werden könnten. Eine Stellungnahme zum Personenpotential einzelner Akteure der Klimaprotestbewegung sowie etwaigen wechselseitigen Verbindungen und gemeinsamen Aktionen würde Rückschlüsse auf interne Arbeitsabläufe und Systematiken sowie die strategische Ausrichtung des BfV offenlegen. Hieraus ergibt sich, dass die erbetenen Informationen derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen berühren, dass das Staatswohl gegenüber dem parlamentarischen Informationsinteresse überwiegt. Insofern muss ausnahmsweise das Fragerecht der Abgeordneten gegenüber den Geheimhaltungsinteressen der Bundesregierung zurückstehen.

- c) befinden sich Gefährder oder Relevante Personen unter diesen Waldbesetzern, und wenn ja, welchem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität sind diese zuzuordnen,

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

- e) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Polizisten oder andere Personen durch die Waldbesetzer angegriffen und verletzt?

Der Bundesregierung wurden bislang kein Gewaltdelikt in Zusammenhang mit der dortigen Veranstaltungslage über den Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) bekannt.

2. Sieht die Bundesregierung, sofern sie zu den Fragen 1a bis 1e keine Kenntnisse hat, einen weiteren dringenden Aufklärungsbedarf, weil es sich bei dieser Form der Besetzung um ein bundesweit auftretendes Phänomen handelt (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob dieses besetzte Waldgebiet inzwischen auch als Widerstandstrainingslager gegen potenzielle polizeiliche Räumungen dient (vgl. dazu der Erfahrungsbericht eines Teilnehmers an sogenannten Skillshare-Events unter [mads.de/die-besetzung-ist-das-letzte-mittel-ein-erfahrungsbericht-aus-dem-protestcamp-gruenheide/](https://mads.de/die-besetzung-ist-das-letzte-mittel-ein-erfahrungsbericht-aus-dem-protestcamp-gruenheide/)), und wenn ja,
  - a) welche Art von Training wurde oder wird dort genau durchgeführt,
  - b) wie viele Teilnehmer nahmen bisher an solchen Trainings teil,
  - c) wer beziehungsweise welche Organisation führt diese Trainings durch, und sind diese einer extremistischen Szene zuzuordnen (bitte ggf. aufschlüsseln)?

Auf der Internetseite und den Social-Media-Kanälen der Initiative „Tesla stoppen“ wird nach Kenntnis der Bundesregierung ein täglicher „Kletterskillshare“ beworben. Erkenntnisse über die Art des Trainings, die Anzahl der Teilnehmenden und der Durchführenden der Trainings liegen nicht vor.

4. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung strafrechtlich oder waffenrechtlich relevante Zwischenfälle seit der Besetzung des Waldes (wenn ja, bitte nach Art und Anzahl aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung wurden, vorbehaltlich weiterer erwartbarer Nachmeldungen, bislang zwei Verstöße gegen das Versammlungsgesetz durch Vermummungen sowie eine falsche Verdächtigung gemäß § 164 des Strafgesetzbuches (StGB) über den KPMD-PMK bekannt.

5. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob, und wenn ja, welche einschlägigen extremistischen Seiten und Organisationen im Internet bundesweit zu einem gewaltbereiten Widerstand gegen die Räumung des Waldes aufgerufen haben (wenn es nach Kenntnis der Bundesregierung solche Aufrufe gab, bitte aufschlüsseln, welche Seiten mit welcher Aussage dazu aufrufen)?

Der Bundesregierung liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, dass Linksextremisten im Internet eine etwaige Räumung des Waldes im Sinne der Fragestellung thematisieren.

6. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, dass in diesem Waldgebiet Tunnel oder Barrikaden errichtet werden, wie dies bereits in der Vergangenheit von derartigen Besetzerszenen praktiziert wurde ([www.stern.de/gesellschaft/luetzerath--raeumung-fast-beendet---aktivisten-in-tunnel-verschanzt-33095618.html](http://www.stern.de/gesellschaft/luetzerath--raeumung-fast-beendet---aktivisten-in-tunnel-verschanzt-33095618.html); [www.spiegel.de/politik/deutschland/hambacher-forst-polizei-entdeckt-tunnelsystem-a-1227174.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hambacher-forst-polizei-entdeckt-tunnelsystem-a-1227174.html); [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-06/ende-gelaende-hambacher-forst-besetzung-polizei-raeumung](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-06/ende-gelaende-hambacher-forst-besetzung-polizei-raeumung); wenn ja, bitte ausführen)?

Der Bundesregierung ist bekannt, dass am 12. März 2024 auf dem Instagram-Profil von „Tesla stoppen“ ein Video veröffentlicht wurde, in dem ein augenscheinlich selbst gegrabenes Erdloch zu sehen ist. Im Video wird suggeriert, dass es sich hierbei um einen Tunneleingang handele, der sich in örtlicher Nähe zum Camp der „Waldbesetzung“ befinde. Dieser Tunneleingang sei Werk eines „Tunnelteams“, an dem man sich beteiligen könne. Das Video schließt mit den Worten „Lützi lebt!“.

Weiterhin werden im Zuge gefahrenabwehrrechtlicher Maßnahmen der zuständigen Stellen fortlaufend Begehungen des Waldgeländes unter Hinzuziehung von Verantwortlichen des Camps durchgeführt. Hierbei wurde neben festgestellten Abholzungen auch bekannt, dass Barrikaden errichtet wurden.

7. Sieht die Bundesregierung einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf auf Bundesebene, um gegen Waldbesetzer besser vorgehen zu können, und wenn ja, wie müsste dieser ausgestaltet sein?

Die Bundesregierung sieht keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Sinne der Fragestellung.

8. Hat sich die Bundesregierung eine eigene Auffassung zu einer möglichen Gewalteskalation der Besetzerszene wie bei der Räumung von Lützerath oder dem Hambacher Forst bei fortschreitender Entwicklung gebildet (bitte ausführen)?

Der Bundesregierung ist bekannt, dass linksextremistische Akteure gezielt versuchen, einen radikalisierenden Einfluss auf die Klimaprotestbewegung zu nehmen und in diesem Zusammenhang auch gewalttätige Aktionsformen zu etablieren. Im Kontext der fragegegenständlichen Initiative „Tesla stoppen“ wurden der Bundesregierung bisher indes keine politisch motivierten Gewaltdelikte bekannt. Des Weiteren wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.





